



Das Ostpreußenblatt

Organ der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Jahrgang 20 / Folge 28

2 Hamburg 13, Parkallee 86 / 12. Juli 1969

3 J 5524 C

Anerkennung für Windelen

Reinhold Rehs MdB zur Fernsehsendung „Politik mit den Vertriebenen“

Bonn — Die Stellungnahme der Herren Bundesvertriebenenminister Windelen, Dr. Manfred Woerner MdB und Dr. Wolfgang Bretholz in der Fernsehdiskussion mit dem Kommentator Gütt und seinen Partnern (Sendung „Politik mit den Vertriebenen“ am 3. Juli 1969) hat in Führungskreisen des Bundes der Vertriebenen einen starken und positiven Eindruck hinterlassen. Das kommt in den Danktelegrammen zum Ausdruck, die Präsident Rehs an die beteiligten Herren richtete.

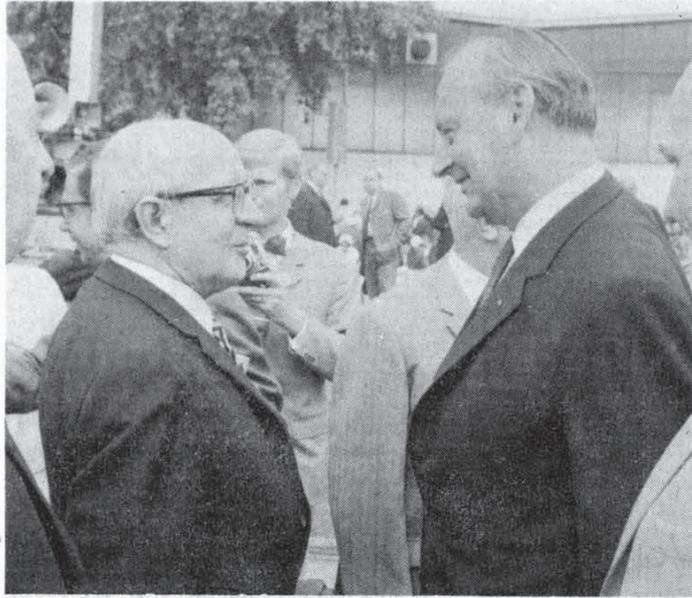
An den Bundesminister für Vertriebene Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, Herrn Heinrich Windelen richtete Präsident Rehs folgendes Telegramm:

Sehr geehrter Herr Bundesminister Windelen!

Für Ihre Initiative in der Auseinandersetzung mit dem Fernsehkommentator, Herrn Gütt, für die Auswahl des Themas und Ihre persönliche Beteiligung an der Sendung „Politik mit den Vertriebenen“ für Ihre klare und feste Haltung in der Sache, für die fundierte und überzeugende Argumentation sage ich Ihnen, zugleich namens des Präsidiums des BDV herzlich namens des Präsidiums des BDV herzlichen Dank.

Sie haben damit den Vertriebenen und ihren Sprechern einen großen Dienst erwiesen. Ihr vorbildlicher Einsatz wird in hohem Maße zur Festigung der Solidarität von Einheimischen und Vertriebenen und der gerechten Beurteilung ihrer Ziele in der Öffentlichkeit und damit zum inneren Frieden beitragen.

Mit vorzüglicher Hochachtung
gez. Reinhold Rehs MdB
Präsident des Bundes der Vertriebenen



„Preußen - Geschichte und Gegenwart“

Zu diesem Thema sprach am letzten Wochenende auf Burg Hohenzollern in Hechingen Prof. Hans Joachim Schoeps, der, wie wir berichteten, mit dem Adenauer-Preis 1969 ausgezeichnet wurde. Bei dieser Gelegenheit trafen sich dort auch der Chef des Hauses Hohenzollern, Prinz Louis Ferdinand von Preußen und Ostpreußensprecher und BdV-Präsident Reinhold Rehs MdB.

Die Visionäre auf dem Bildschirm

H. W. — Ich hätte dem Bundesvertriebenenminister ein besseres Gegenüber gewünscht. Denn Dieter Gütt, als Fernsehkommentator nun einmal gestellt, versagte kläglich. Selbst seine Mitkommentatoren, Dr. Groß und Theo Sommer, vermochten ihn nicht herauszupauken. Er ging, wie es an anderer Stelle dieser Ausgabe treffend heißt, „moralisch k.o.“ Und technisch oben-drein

Doch lassen wir den Gütt einmal beiseite. Etwas ganz anderes wurde — und diesmal durch Dr. Johannes Groß — offensichtlich. Um die deutsche Sache scheint es mir schlecht bestellt, wenn in den großen Massenmedien Publizisten sitzen, die selbst nicht daran glauben, daß das Recht einmal doch wieder an die Stelle der Gewalt treten wird, wenn es in Europa überhaupt zu einem gerechten Frieden kommen soll.

Erst vor wenigen Tagen hieß es in dem Kommentar eines Bonner Dienstes, die deutschen Rundfunkanstalten seien aus dem Diktat der Besatzungsmächte entstanden und mit dem von ihnen ausgewählten Personal instituiert worden. Man könne sich des Eindrucks nicht erwehren, daß Vergangenheitsbewältigung, Zerstörung der natürlich gewachsenen Kulturen des deutschen Volkes und planmäßige Vernichtung aller in Deutschland noch bestehenden Autoritäten die Haupttrichlinien gewesen seien, nach denen sich die „neuen geistigen Machthaber der Bundesrepublik“ zu richten hatten.

Diese Formulierungen mögen auch überspitzt — das Wort ist bei Herrn Gütt entliehen — sein und sicherlich mag manches generalisierend und deshalb nicht zutreffend sein. Diese Fernsehdiskussion um Gütt's börsartigen Pfingstkommentar zeigte eindeutig, daß es Kommentatoren gibt, die vor der brutalen Gewalt kapitulieren. Dort, wo bei anderen Völkern immer wieder der Versuch unternommen wird, die eigenen Lebensrechte und selbstverständliche Rechtspositionen zu verdeutlichen, gibt es in unserem Falle nur müde Resignation. Denn für Deutschland gibt es keine Hoffnung — jedenfalls nicht nach der Auffassung jener bildschirmgewohnten Herrchen, denen es dazu auch noch jener Phantasie ermangelte, ohne die man einfach die Dinge des politischen Lebens nicht betrachten kann.

Es heißt keineswegs einem Staatsrundfunk das Wort reden, wenn man sagt, daß auch der Staat die Möglichkeit haben müßte, die vitalen Interessen des Volkes über die Massenmedien sichtbar werden zu lassen. Davon kann bei uns wirklich keine Rede sein. Bei uns wird es sogar als ein Einbruch in die Meinungsfreiheit bezeichnet, wenn man nur feststellt, daß das Fernsehen gemäß Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 28. Februar 1961 zur Objektivität allen Staatsbürgern gegenüber verpflichtet ist. Auffallend ist, daß diejenigen, die so sehr die Meinungsfreiheit verteidigen, dann nicht auf den Barrikaden zu finden sind, wenn es sich darum handelt, etwa den Heimatvertriebenen gerechten Schutz vor den Auswüchsen einer mißverständlichen Meinungsfreiheit zu gewähren.

Wie im Falle Gütt erkannte man die Absicht auch bei der Ausstrahlung des von der Filmstelle der Sudetendeutschen Landsmannschaft vertriebenen Films „Wallfahrt ins Sudetenland“, den man wohl ausgerechnet am 17. Juni über den Bildschirm schickte, um ihn anschließend von jugendlichen Diskussionsteilnehmern in APO-Aufmachung im Studio zerreißen zu lassen.

Gerade die Diskussion mit Dieter Gütt hat gezeigt, welches Ausmaß ein solches Übel annehmen kann. Nämlich dann, wenn mangelnde Objektivität, gepaart mit verborbener Voreingenommenheit, die im Falle Gütt anscheinend doch Ausdruck eines bestimmten Komplexes ist, gepaart, über den Bildschirm geschickt werden kann.

Wir haben in einer unserer letzten Ausgaben einen Beitrag veröffentlicht, der die Frage anspricht, ob neben Regierung, Parlament und Gerichtsbarkeit sich in der Bundesrepublik nicht noch eine „Vierte Gewalt“ etabliert habe, die nun in den Massenmedien immer deutlicher spürbar werde. Diese Frage interessiert — und das zeigen die Zuschriften — unsere Leser brennend. Sie soll hier nicht weiter ausdiskutiert werden. Aber es sollte doch festgehalten werden, daß vermutlich zum ersten — und voraussichtlich zum letzten — Male im Herbst dieses Jahres den Bundesdeutschen eine echte Chance gegeben sein wird, eine miserable und unpopuläre „Diktatur der Ätherwellen“ in Fernsehen und Rundfunk zu brechen.

Für angemessene Vertretung im Bundestag

BdV-Präsidium zu den Bundestagswahlen, Fernsehkritik und zum Fall Schütz

Bonn — Bundestagswahlen, Fernsehkritik und der Fall Schütz waren die Hauptthemen, mit denen sich das Präsidium des Bundes der Vertriebenen in seiner letzten Sitzung vor den Sommerferien in Bonn beschäftigte. Zuvor hatte Vizepräsident Gossing „im Zeichen der Verbundenheit und in Würdigung des von hohem Verantwortungsbewußtsein getragenen Einsatzes für die Sache“ namens des Präsidiums Reinhold Rehs die goldene Ehrennadel des Verbandes überreicht. Diese Ehrennadel wurde vor rund einem Jahr gestiftet und bisher auf Grund von Vorschlägen aus regionalen Gliederungen des BdV rund 20 verdienstvollen Persönlichkeiten des Verbandes überreicht. Mit Genugtuung wurde zur Kenntnis genommen, daß Präsident Rehs ein als sicher geltendes Mandat für den CDU-Wahlkreis 29 erhalten hat.

Aus ungezählten Glückwünschen von Seiten der Vertriebenen geht hervor, daß diese es zu würdigen wissen, daß die CDU Wert darauf legt, daß der Präsident des BdV die Sache der Vertriebenen auch im nächsten Bundestag vertritt. Die Aufstellung von Rehs war von den Bundes- und regionalen Gremien der CDU nachdrücklich befürwortet worden.

Die Frage der angemessenen und würdigen Vertretung der 10,5 Millionen Vertriebenen im nächsten Bundestag war Gegenstand eingehender Beratung des Präsidiums. Es ist, so stellte Rehs fest, das gute Recht und die Pflicht des BdV, als Vertretung der Vertriebenen im parlamentarischen Raum mit allen demokratischen Mitteln dafür zu sorgen, daß die Vertriebenen ihr Votum zu den sie besonders angehenden Angelegenheiten durch eigene Vertrauensleute im Bundestag abgeben können. Das sei um so wichtiger, als starke außer- und innerdeutsche Tendenzen dahin zielen, die durch den Gewaltakt der Vertreibung geschaffenen Probleme durch bedingungslose Unterwerfung unter das Diktat der kommunistischen Machthaber des Ostens „zu lösen“, d. h. die nominellen Repräsentanz der Vertriebenen sei es nicht getan. Entscheidendes Kriterium für den vertriebenen Wähler sei, ob die Bundestagskandidaten in Sachen der Vertriebenen eine klare Haltung gezeigt haben und weiterhin zu zeigen bereit seien.

Nach Maßgabe dieses Kriteriums ließ der BdV seinen Mitgliedern geeignete Orientierungshilfe leisten und entsprechende Maßnahmen treffen. Ein von der Frankfurter Rundschau veröffentlichtes verbandesinternes Rundschreiben der Bundesgeschäftsführung bzw. des einschlägigen Ausschusses des BdV in dieser Sache wurde von dieser Zeitung ungeprüft auch an anderen Orten unter böswilliger Verfälschung des Sachverhaltes so ausgelegt, als wolle der Verband empfehlen, nicht etwa nur Kandidaten zu befragen, sondern alle Parteien außer der NPD abzulehnen. Dazu wurde von Seiten des BdV erklärt: Es sei mehr als töricht, anzunehmen, der BdV-Präsident und CDU-Kandidat Rehs wolle empfehlen, ihn nicht zu wählen, sondern an seiner Stelle beispielsweise Dr. Linus Kather, der für die NPD kandidiert

und sowohl den Präsidenten wie die gesamte Führung des BdV in der Parteipresse und in Flugblättern beschimpft und verleumdet, ihnen Verrat an der Sache und Komplizenschaft mit den anderen Parteien vorwirft.

Was den Fall Schütz betrifft, so stellte sich das Präsidium des BdV vollinhaltlich hinter die auch im „Ostpreußenblatt“ veröffentlichten Erklärungen von Präsident Rehs und des ständigen Rates der Ostdeutschen Landesvertretungen. Mit Befremden wurde festgestellt, daß sich die SPD von der Empfehlung des Regierenden Bürgermeisters von West-Berlin, unter Verzicht auf eine friedensvertragliche Regelung die Oder-Neiße-Linie in einem zweiseitigen Akt anzuerkennen, nicht distanzieren habe, obwohl Schütz, der dem Parteirat angehört, mit dieser Stellungnahme eklatant von den Nürnberger und Godesberger Beschlüssen der Partei abgewichen sei. In Bonner Pressekreisen wurde bekannt, daß es in dieser Sache auch auf der kürzlich in Bonn abgehaltenen Tagung des Vertriebenenausschusses der SPD harte Auseinandersetzungen gegeben habe und daß auch die Ansichten von Brandt und Wehner, die beide an dieser Sitzung teilnahmen, nicht unbedeutend voneinander abgewichen seien. In der offiziellen Parteipresse stand allerdings nur zu lesen, Wehner habe Schütz verteidigt.

Im Zusammenhang mit der Erörterung von rundfunkpolitischen Fragen wurde beanstandet, daß sich weder SPD noch FDP von den unqualifizierbaren Kommentar von Dieter Gütt distanzieren hätten, im Gegensatz zur CDU, die in mehrfachen Stellungnahmen von ihm abgerückt sei. Mit Genugtuung wurde dagegen zur Kenntnis genommen, daß Bundesvertriebenenminister Windelen mit Erfolg eine Initiative ergriffen habe, den Vertriebenen durch eine Gegendarstellung im Fernsehen zu ihrem Recht zu verhelfen.

Der Fall Gütt ist mit Sicherheit nicht der letzte dieser Art. Um so mehr wurden mit Interesse und Zustimmung Anregungen des Vorstandes der Landsmannschaft Ostpreußen Dr. Burneilt aufgenommen, der als Gast des Präsidiums Vorschläge zur Wahrung der Rechte der Bürger gegen Mißbrauch der Pressefreiheit in den Massenmedien zur Diskussion stellte.

BdV-Präsident dankt MdB Woerner und Dr. Bretholz

Bonn — Der Präsident des Bundes der Vertriebenen hat an Dr. Manfred Woerner MdB und an Dr. Wolfgang Bretholz, die ebenfalls in der Fernsehsendung „Politik mit den Vertriebenen“ teilgenommen haben, Danktelegramme gerichtet. In dem Telegramm an MdB Dr. Woerner dankt Rehs für die von Woerner bewiesene noble Haltung, für die sachliche und klare Argumentation und stellt fest, daß Dr. Woerner „der Wahrheit und dem Recht ein überzeugender Anwalt gewesen sei.“

In dem Telegramm an Dr. Bretholz gibt Rehs der Hoffnung Ausdruck, daß dessen erneutes Eintreten für eine wahrheitsgemäße Berichterstattung und faire Beurteilung der Vertriebenen dazu beitragen möge, „dem hohen demokratischen Auftrag der Presse Respekt zu verschaffen und das Gewissen der Verantwortlichen auch hinsichtlich der Darstellung und Beurteilung der Probleme der Vertriebenen zu schärfen.“